



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON 0611 350-692
TELEFAX 0611 350-
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

Pressemitteilung

17.02.2014

Kommunaler Finanzausgleich (KFA)

Bächle-Scholz: „Land gibt Mehreinnahmen an Kommunen weiter“ – „Vier Milliarden Euro für Kreise, Städte und Gemeinden“

„Mit mehr als vier Milliarden Euro im Kommunalen Finanzausgleich steht den Kreisen, Städten und Gemeinden so viel Geld wie noch nie zur Verfügung“, sagte die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz, die den Wahlkreis 47 (Groß-Gerau Nord) in Wiesbaden vertritt. Damit gebe das Land einen großen Anteil seiner steuerlichen Mehreinnahmen an die Kommunen weiter. „Die CDU-geführte Landesregierung versteht sich als starker Partner an der Seite der Kommunen“, so die Abgeordnete weiter. Neben dem Rekordvolumen im Kommunalen Finanzausgleich habe die Landesregierung in den vergangenen Jahren 3,2 Milliarden Euro im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms zum Abbau kommunaler Altschulden zur Verfügung gestellt und sich auf Bundesebene für weitere Entlastungen eingesetzt. So werde beispielsweise die Grundsicherung im Alter und bei Invalidität Zug um Zug vom Bund übernommen. Und nicht zuletzt sind in der Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 1,9 Milliarden Euro aus den Konjunkturprogrammen von Bund und Land in die Kommunen geflossen.

Der CDU-Landtagsabgeordnete wies außerdem darauf hin, dass am 1. Januar 2014 der erste Schritt einer Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs in Kraft getreten sei. „Damit stärken wir den ländlichen Raum und berücksichtigen erstmals auch den Bevölkerungsrückgang in ländlichen Kommunen“, betonte Bächle-Scholz. „Durch Investitionspauschalen stärken wir insbesondere die ländlichen Mittelzentren, um auch in der Fläche eine gute kommunale Infrastruktur sicherzustellen. Die CDU steht für ein lebenswertes Hessen – in den Großstädten genauso wie auf dem Lande.“ Auch in Zukunft sollen die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land keine außergewöhnlich weiten Wege auf sich nehmen müssen, um Behörden und öffentliche Einrichtungen zu erreichen. „Am Ende werden wir zur Bewältigung des Demographischen Wandels aber auch verstärkt das bürgerschaftliche Engagement jedes Einzelnen benötigen. Eine demokratische Gesellschaft lebt sowohl von einem funktionierenden Staatswesen als auch vom individuellen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger“, sagte die Landtagsabgeordnete abschließend.